

Wie können Hochschulen auf extrem rechte Angriffe und Einflussnahmen reagieren?

Christoph Haker, Lukas Otterspeer und Heike Radvan

Christina Brüning ist seit 2021 Professorin für Didaktik der Geschichte an der Philipps-Universität Marburg. Sie arbeitet u.a. zur Geschichte der Shoah und des Antisemitismus, zu Demokratiebildung, Rechtsextremismus sowie zu (Anti-)Rassismus und (Anti-)Diskriminierung. Seit mehreren Jahren erlebt sie Störungen und Anfeindungen in ihren Lehrveranstaltungen. Ende 2025 bekommt sie Morddrohungen.¹

In den Lehrveranstaltungen kam es wiederholt zu aggressiven Zwischenrufen, demonstrativen Störungen und zur Verweigerung von Arbeitsaufträgen. Brüning und Studierenden wurde zu verstehen gegeben, dass Themen wie Holocaust Education, Rassismuskritik, queer-feministische Bildung oder andere auf Freiheit und Gleichheit zielende Lehrinhalte von einigen Studierenden unerwünscht sind.

Wo sind die Verantwortlichen für die Störungen zu verorten? Der Hessische Rundfunk berichtet von 27 Burschenschaften, Verbindungen und Turnerschaften in Marburg, von denen zwei Burschenschaften durch den Hessischen Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft werden: Germania und Rheinfranken.² Antifaschistische Veröffentlichungen weisen darauf hin, dass mindestens ein Mitglied als wissenschaftlicher Mitarbeiter im öffentlichen Dienst tätig ist.



Dr. Christoph Haker

ist Soziologe und Lehrer, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Erziehungswissenschaften und am Zentrum für Lehrerinnen- und Lehrerbildung der Europa-Universität Flensburg. Er kooperiert im BMFTR-geförderten Verbundprojekt "Rechtsextremismus in Wissenschaft und an Hochschulen begegnen" mit Prof. Dr. Christina Brüning.

PD Dr. habil. Lukas Otterspeer

Erziehungswissenschaftler an der Europa-Universität Flensburg



Prof.*in Dr.*in Heike Radvan

ist Erziehungswissenschaftlerin und Sozialpädagogin, Professorin am Institut für Rechtsextremismusforschung der Universität Tübingen.

Für Brüning muss in dieser Zeit der Eindruck entstehen, dass die geschichtsrevisionistischen, exkludierenden und auf Ungleichwertigkeit ausgerichteten Positionen auf dem Weg weiterer Normalisierung sind.

Die beiden Morddrohungen aus dem Dezember 2025 richteten sich namentlich gegen Christina Brüning. Eine Drohung wurde auf einer Toilette direkt neben ihrem Seminarraum angebracht. Universität und Professorin erstatteten Anzeige. Der Staatsschutz ermittelte, konnte die Taten jedoch nicht aufklären. Im Mai 2026 kam es zu einer antisemitischen Schmiererei gegen Brüning.

Für Brüning und ihr Team bedeuten die Angriffe eine starke psychische Belastung, Verlust des Sicherheitsgefühls und einen enormen Aufwand von Ressourcen, um einen Umgang mit der Situation zu finden. Gerade für Mitarbeiter*innen auf befristeten Qualifikationsstellen bringt die Situation Risiken für die geplante wissenschaftliche Karriere mit sich. Das Team musste umziehen, an den Büros wurden keine Namensschilder angebracht, Lehre digital erteilt und Arbeitszeit ins Homeoffice verschoben. Solche Umgangsweisen bleiben – wenn auch notwendig und somit ‚richtig‘ – ein partieller Rückzug und eine Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit.

Die öffentliche Berichterstattung löste zahlreiche Solidaritätsbekundungen aus. Diese sehen in den Bedrohungen gegen Brüning nicht nur einen Angriff auf eine einzelne Person, sondern Versuche, demokratisch engagierte Hochschulangehörige einzuschüchtern. Die zum Ausdruck gebrachte Solidarität kann bestärkend wirken und in Verbindung mit all den Betroffenen von extrem rechten Angriffen in der Wissenschaft stehen, die ihren Fall auch öffentlich gemacht haben, nicht öffentlich machen können oder wollen, oder erst in Zukunft angegriffen werden. Praktisch wirksam wird diese Solidarität, wenn sie konkrete Antworten auf die Frage findet: Wie können Hochschulen auf extrem rechte Angriffe und Einflussnahmen reagieren?

Das Geschilderte ist kein Einzelfall. Einschlägige Publikationen und entsprechende Fallrecherchen liegen bereits vor (Haker/Otterspeer 2025). Die folgenden Vorfälle zeigen, wie breit die Herausforderungen auftreten.

- Studierende: 2020 wird öffentlich, dass Studienanfänger des gehobenen Dienstes der Polizei in einer Chatgruppe extrem rechte Inhalte geteilt haben.³ 2025 wird bekannt, dass an der Ruhr-Universität Bochum ein zentraler Akteur der Dortmunder Neonazi-Szene auf Lehramt studiert.⁴ An der Universität Greifswald gründete sich eine Hochschulgruppe mit Bezügen zur AfD und ins extrem rechte burschenschaftliche Milieu. Sie ist gegenwärtig mit einem Sitz im Studierendenparlament vertreten.⁵
- Professor*innen: 2022 kritisieren Studierende einen Professor in Passau für seine langjährigen Verbindungen zur Neuen Rechten.⁶ 2023 war ein Professor aus München Herausgeber einer Zeitschrift, die vom Berliner Verfassungsschutz als demokratiefeindlich eingeordnet wurde.⁷
- Campus und Studierendenwohnheime: 2023 wird berichtet, dass im Universitäts-sportclub der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) rechtsextreme Symbole gezeigt wurden.⁸ In Köthen gab es 2024 mehrmals Angriffe, Beschädigungen und rechtsradikale Parolen an einem von internationalen Studierenden bewohnten Wohnheim.⁹ Auf dem Campus der Bergischen Universität Wuppertal tauchten 2025 extrem rechte Schmierereien und Aufkleber auf.¹⁰

- Politik: Die Angriffe auf die Wissenschaft durch die AfD kommen von einer Partei, in der auch Professoren als Abgeordnete tätig sind. In Sachsen-Anhalt könnte ein innerhalb der AfD weit rechtsstehender habilitierter Islamwissenschaftler nach der Landtagswahl im September die Schul- und Hochschulpolitik verantworten.¹¹

Diese Beispiele zeigen: Die extrem rechten Angriffe und Einflussnahmen kommen zum einen von außen, etwa von der AfD oder extrem rechten subkulturellen Gruppen und Bewegungsstrukturen. Die Angriffe und Einflussnahmen kommen zum anderen von innen, etwa durch extrem rechts orientierte oder vernetzte Studierende, Dozierende, Professor*innen und Angestellte. Die extreme Rechte will Hochschulen zu exkludierenden Orten machen, die ihrem Bild von Normalität entsprechen. Eine Normalität, in der für jene nicht gleichermaßen Platz bleibt, die nicht *männlich, weiß, gesund, leistungsfähig* sind, heteronormativen Vorstellungen entgegenstehen und deren Bildungschancen durch mögliche Diskriminierungen eingeschränkt werden. Hinzu kommt, dass auch die extrem rechte Verwendung und Inanspruchnahme von Wissenschaft eine Herausforderung für Wissenschaftler*innen und Hochschulen wird. Dies etwa, wenn extrem rechte Programmatiken durch den Bezug auf Forschung legitimiert werden¹² oder extrem rechte Studierende still und unauffällig Studienabschlüsse und Promotionen erwerben und z.B. in Schulen arbeiten. Hochschulen sind dazu verpflichtet, ihrem Bildungsauftrag nachzukommen und demokratische Sozialisationsprozesse unter allen Studierenden zu ermöglichen.

Wir nehmen dies zum Anlass, um für fünf Handlungsfelder Maßnahmen zu benennen (siehe auch Damat 2023; Einwächter 2022; GERDEA 2025; Gutsche 2022; Haker/Otterspeer 2025; Leidinger/Radvan 2019; Radvan/Dyhr 2023; Henke/Pasternack 2025). Jede Hochschule muss damit rechnen, dass sich Fälle, wie die oben beschriebenen, auch bei ihr ereignen und sollte dafür gewappnet sein.

Quer zu den im Folgenden dargestellten Handlungsfeldern und Maßnahmen halten wir es für wichtig, das Handeln an folgenden Zielen zu orientieren: Umgangsweisen von Hochschulen sind nicht neutral. Sie sollten Ausdruck wissenschafts- und hochschulspezifischer normativer Grundlagen wie Gemeinschaftlichkeit, Autonomie, Vielfalt und Gewaltfreiheit sein. Die transparente und proaktive Kommunikation zu Angeboten und Möglichkeiten im Umgang mit extrem rechten Angriffen und Einflussnahmen ist eine wesentliche Gelingensbedingung und Aufgabe der Hochschule. Insbesondere Hochschulleitungen und Vorgesetzte von wissenschaftlichem wie technisch-administrativem Personal sollten die Verantwortung für die Entwicklung erfolgreicher Umgangsweisen übernehmen. Betroffene und Beschäftigte der Hochschulen sollten gleichzeitig geschützt und in ihrer eigenen Handlungsfähigkeit unterstützt werden, indem etwa ihren eigenen Ressourcen und Umgangsweisen anerkennend begegnet wird. Resilienz und Prävention setzen langfristiges und nachhaltiges Handeln voraus. Hochschulen sollten sich dafür einsetzen, dass die politisch-regulatorischen und systemischen Rahmenbedingungen hierfür gegeben sind. Gerade im deutschen Hochschulsystem müssen die Landesregierungen dafür Sorge tragen, dass solche Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Handlungsfeld 1: Governance, Hochschulkultur und Demokratieschutz

- Partizipative Entwicklung sowie öffentliche und innerinstitutionelle Kommunikation eines demokratischen Leitbildes.
- Öffentliche Positionierungen von Hochschulen, Fakultäten und Studiengängen gegen antidemokratische Bestrebungen in Hochschulen, der Stadtgesellschaft und darüber hinaus.
- Entwicklung und Einführung eines Code of Conduct für Studierende und Beschäftigte sowie Verankerung demokratischer und diversitätsfreundlicher Selbstverpflichtungen bei Kooperationen.
- Aufbau einer juristischen Expertise in Justizariaten, auch zum Schutz von Grundrechten. Prüfung der Hausordnungen im Hinblick auf Diskriminierung und Rechtsextremismus.
- Transparente Verantwortlichkeiten und Handlungsketten für Krisenfälle. Einrichtung eines Gremiums für Demokratieschutz, das mit Ressourcen ausgestattet ist. Anschluss an ein Prorektorat mit Zuständigkeiten für demokratische Universitätsstruktur und -kultur.
- Vernetzung, Erfahrungsaustausch und klare Positionierung zu anderen Universitäten, auch in Zusammenschlüssen wie der *Hochschulrektorenkonferenz*, den *Kanzle-rinnen und Kanzlern der Universitäten Deutschlands*, dem *Bundesverband Hochschulkommunikation*, der *Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen*, usw.
- Vernetzung mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und der Stadtgesellschaft mit dem Ziel der Demokratiestärkung.

Handlungsfeld 2: Schutz, Beratung und Unterstützung von Betroffenen

- Vorrangiger Schutz von Betroffenen vor diskriminierenden Äußerungen, Handlungen sowie Angriffen. Gewährleistung der Handlungsfähigkeit von Betroffenen. Schutzkonzepte für Studierende und Beschäftigte. Alternative Studien- und Arbeitsarrangements für Betroffene.
- Einrichtung und Stärkung niedrigschwelliger Beschwerde- und Meldestrukturen sowie kontinuierliches Monitoring. Beratungs- und Unterstützungsangebote für Betroffene. Stärkung von Beauftragten für Antisemitismus- und Rassismuskritik. Ressourcen für psychologische, gesundheitliche und rechtliche Unterstützung sowie Empowerment-Angebote.
- Institutionalisierung und Bereitstellung von Ressourcen für kollegiale Fallberatung und Supervision, etwa durch eine Verankerung in der Arbeitszeit. Einrichtung und Stärkung von Peerberatungen für queere Menschen, Menschen mit Behinderungen, internationale Studierende, Erstakademiker*innen, People of Color, jüdische Menschen, demokratisch engagierte Menschen und weitere Gruppen, die in besonderem Maße extrem rechten Angriffen ausgesetzt sind.
- Entwicklung technischer Lösungen wie zum Beispiel SOS-Button bzw. schnelle Notfallkontakte, digitale Meldeplattformen. Datenschutzmaßnahmen bei Doxxing und Datenmissbrauch.
- Inanspruchnahme von und Kooperation mit externen Diensten und Partnerorganisationen, sofern es für Betroffene hilfreich ist. Hierzu zählt auch die Schaffung finanzieller Ressourcen, etwa über Betroffenenfonds.

Handlungsfeld 3: Lehre, Studium und Bildungsarbeit

- Kritisch-reflexive Erarbeitung eines gemeinsamen Wertefundaments von Studiengängen. Dies gilt auch im Hinblick auf die zukünftige Berufstätigkeit der Studierenden. Aktive Positionierung von Lehrenden gegen Diskriminierung.
- Diskriminierungskritische Gestaltung der Lehrangebote. Klare Gesprächsregeln und Seminarziele bei gleichzeitig fehlerfreundlicher Lern- und Diskussionskultur. Reflexive, dialogische Gesprächsführung durch Fragen statt reiner Konfrontation. Demokratiebildung als Querschnittsaufgabe der Lehre.
- Curriculare Verankerung einer interdisziplinären Einführung in Werte der Wissenschaft aus der Perspektive von Wissenschaftstheorie und empirischer Wissenschaftsforschung. Ringvorlesungen und Fachtage zum Umgang mit extrem rechten Angriffen und Einflussnahmen. Förderung von Partizipation in den demokratischen Strukturen der Hochschule zur Stärkung demokratischer Sozialisationsprozesse.
- Fort- und Weiterbildungen zur Förderung von Sprechfähigkeit und Interventionskompetenz, Demokratie und Antidiskriminierung.
- Vermittlung von Angeboten für begleitete Distanzierungs- und Ausstiegsprozesse bei extrem rechten Orientierungen.

Handlungsfeld 4: Wissenschaftsfreiheit und Forschung

- Legitimation und Einsatz für normative Forschungsansätze. Institutionelle Unterstützung angegriffener Forschungsfelder. Schutz vor parlamentarischen Anfragen. Sicherung gefährdeter Forschungsdaten auch in internationaler Kooperation.
- Einrichtung einschlägiger Professuren (z. B. Demokratiebildung, Rechtsextremismusforschung) oder Schaffung von thematisch einschlägigen Forschungsinstituten. Beschaffung und Bereitstellung von Ressourcen für angegriffene Forscher*innen im Ausland (etwa analog zur Philipp Schwartz-Initiative) und Inland.
- Einsatz für den Ausbau der Grundfinanzierung bei gleichzeitiger Diversifizierung der Finanzierungsquellen. Mehr unbefristete Stellen und Stärkung des Mittelbaus. Juristische Stärkung von Wissenschaftler*innen in Qualifizierungsarbeiten in Bezug auf Wissenschaftsfreiheit.

Handlungsfeld 5: Intervention und Krisenmanagement

- Professionalisierung des Bedrohungsmanagements. Rückgriff auf die in den Handlungsfeldern 1-4 entwickelten Möglichkeiten und Strukturen. Professionalisierung der Krisenkommunikation. Schaffung einer Taskforce mit Rollenklarheit und Verantwortungsfeldern.
- Bedrohungssensibles Veranstaltungsmanagement. Awareness-Teams bei Veranstaltungen.
- Solidarische Haltung gegenüber Betroffenen. Schaffung von zeitlichen Ressourcen unter relevanten Akteur*innen und Betroffenen. Gespräche mit beteiligten Personen. Im Bedarfsfall externe Beratung.
- Dokumentation von Vorfällen und Beweissicherung. Sicherheitsdienst und Polizei bei konkreten Gefährdungen einbeziehen. Meldung strafrechtlich relevanter Vorfälle.
- Festlegung abgestufter Sanktionsmöglichkeiten. Bei schwerwiegenden Vorfällen Prüfung von Disziplinarmaßnahmen, Kündigungen und Exmatrikulationen.

Anmerkungen

- 1 Die Berichterstattung zu dem Fall findet sich hier: <https://www.hessenschau.de/gesellschaft/professorin-berichtet-ueber-morddrohungen-an-uni-marburg-ist-fuer-mich-zum-angstort-geworden-v1,morddrohungen-uni-marburg-professorin-100.html>
- 2 Zu Rheinfranken und Germania siehe: <https://www.hessenschau.de/politik/verfassungsschutz-mitglieder-zweier-burschenschaften-in-marburg-als-rechtsextrem-eingestuft-v1,verfassungsschutz-marburg-rechtsextrem-burschenschaften-100.html>
- 3 <https://www.tagesspiegel.de/berlin/studierende-der-berliner-polizei-teilen-in-chatgruppe-extremistische-inhalte-6863239.html>
- 4 <https://www.nordstadtblogger.de/rechtsradikal-auf-lehramt-dortmunder-nazi-influencer-an-der-ruhr-universitaet-bochum/>
- 5 <https://webmoritz.de/2024/12/09/die-burschis-die-dich-vertreten/>;
<https://katapult-mv.de/artikel/wie-die-afd-mvs-hochschulen-angreift/>
- 6 <https://www.hogn.de/2022/08/02/1-da-hogn-geht-um/nachrichten-niederbayern/verstrickt-in-der-neuen-rechten-vorwuerfe-gegen-passauer-professor/159919>
- 7 <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-lmu-meyen-disziplinarverfahren-gericht-urteil-li.3489476?reduced=true>
- 8 <https://www.forschung-und-lehre.de/politik/rechtsextreme-vorfaelle-an-der-viadrina-universitaet-frankfurt-oder-6115>
- 9 <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/dessau/anhalt/rechtsextreme-vorfaelle-hochschule-koethen-102.html>
- 10 https://www.wz.de/nrw/wuppertal/bergische-uni-wuppertal-setzt-zeichen-gegen-rassismus_aid-126368113; <https://taz.de/Vermeehrt-rechte-Sticker-an-Universitaeten/!6077643/>
- 11 <https://www.zeit.de/2026/22/afd-sachsen-anhalt-hochschulen-hans-thomas-tillschneider>; <https://www.che.de/download/check-sachsen-anhalt/>
- 12 <https://www.wissenschaftskommunikation.de/wie-unsere-studie-von-der-afd-instrumentalisiert-wurde-97243/>

Literatur

- Damat, Gamze (2023): Beratung und Prävention bei demokratiefeindlichen Vorfällen an Hochschulen. Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit, 8(1): S. 64–72.
- Einwächter, Sophie G. (2022): Feindlichkeit gegenüber Wissenschaftler*innen – Kartierung eines Phänomens. Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit, 7(2): S. 10–28.
- GERDEA (Hg.) (2025): Umgang mit rechten Anfeindungen gegen die Wissenschaft. https://www.projekt-gerdea.de/fileadmin/dissens_home/content/documents/GERDEA/GERDEA_BMB_2025_Handreichung_Umgang_mit_rechten_Anfeindungen_gegen_die_Wissenschaft.pdf
- Gutsche, Peps (2022): Handlungsempfehlungen zum Umgang mit (extrem) rechten Positionen an Hochschulen. Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit, 7(1): S. 89–102.
- Haker, Christoph/Otterspeer, Lukas (2025). Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Hochschulen. Frankfurt a. M.: Otto-Brenner-Stiftung.
- Leidinger, Christiane/Radvan, Heike (2019): Rechtsextremismus und völkischer Autoritarismus an Hochschulen, in: Femina Politica. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft 1/2019, S. 142–147.
- Radvan, Heike/Dyhr, Susanne (2023a): Handlungskonzept gegen (extrem) rechte Einflussnahme an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg. [https://www-docs.b-tu.de/presse/public/Handlungskonzept-gegen\(extrem\)rechte-Einflussnahme-an-der-BTU_RZ.pdf](https://www-docs.b-tu.de/presse/public/Handlungskonzept-gegen(extrem)rechte-Einflussnahme-an-der-BTU_RZ.pdf)